

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Geschäft wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: J. Quis.
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rätestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800.

Zugangsgeld für die sechsgespaltene Kolonelleiste:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Die Lebensmittelversorgung im künftigen Erntejahr

Von sachkundiger Seite wird uns geschrieben:
S. A. K. Das deutsche Volk wird für das künftige Erntejahr mehr noch als in der zurückliegenden Zeit seine Ernährung auf die Bestände der Inlandsproduktion einrichten müssen. Wie groß diese Bestände sind, können wir jetzt mit Sicherheit nicht ermessen, wir können uns vielleicht der Hoffnung hingeben, eine bessere Ernte im Brotgetreide als im Vorjahre einzubringen. Dennoch wird es notwendig sein, auch ohne eine sichere Bestandsaufnahme Vorkehrungen zu treffen, wie und in welcher Weise über die vorhandenen Lebensmittel verfügt werden soll und zu welchem Preise sie an den Konsumenten gelangen können. Diese beiden sehr wichtigen Fragen für unsere Volksernährung werden auch zunächst in der Aufgabenkreis des Kriegsernährungsamtes gerückt. Das Kriegsernährungsamt kann auf eine gewisse Erfahrung in unserer Lebensmittelversorgung zurückblicken und ist außerdem in der Lage, zu Beginn der Ernte seine Dispositionen zu treffen, während leider bisher oft erst recht spät der Eingriff erfolgte.

Ueber die Absichten des Kriegsernährungsamtes sind von dem Präsidenten einige Hinweise gegeben, über die wir in Verbindung mit anderen Informationen einen Gesamtüberblick geben wollen.

Was zunächst die Bewirtschaftung des Getreides anbetrifft, so wird es im wesentlichen bei der bisherigen Organisation bleiben. Die Kommunalverbände, die in ihrem Bezirk genügend Getreide aufbringen können, werden selbst diese Bestände bewirtschaften und Ueberflüsse nach Weisung der Reichsgetreidestelle an die Verbände abgeben, die eines Zuschusses bedürfen. Die Brotration wird monatlich auf 6000 Gramm bestehen bleiben. Für die ländliche Bevölkerung sind 9 Kilogramm Getreide in Ansatz gebracht, was einer Brotration von 9360 Gramm entspricht. Die Preisfrage wird keine Minderung erfahren, obwohl solche Bestrebungen auf Erhöhung der Preise wieder im Gange sind. So verlangt der deutsche Landwirtschaftsrat bis zum 1. Dezember eine Druschprämie von 25 M für die Tonne. Geht das Kriegsernährungsamt auf diesen Vorschlag ein, so würde mit dieser sehr erheblichen Preissteigerung unter anderem eine Erhöhung der Mehlpreise und damit auch der Brotpreise verknüpft sein. Wir hoffen, daß das Kriegsernährungsamt sich nicht gleich als ein Amt für die Verteuerung der Ernährung einführt, und diese ganz unbedingten Ansprüche des deutschen Landwirtschaftsrates zurückweist. Eine Prämie für frühen Ausbruch kann nur in bescheidenem Umfang in Verbindung mit Herabsetzung der Getreidepreise getrieben werden. Wenn gegenwärtig zu den hohen Preisen für alle anderen Lebensmittel auch noch eine Erhöhung des Brotpreises eintritt, so wäre das ein Anreiz zu einer weiteren Steigerung der berechtigten Unzufriedenheit.

In der Preisbestimmung für Buchweizen und Hirse sind leider die Versuche auf Preisrückbildung von Erfolg begleitet, obwohl hier schon eine Preisrückbildung vorhanden ist, die gegenüber dem früheren Roggenpreise in einem ganz unannehmliehen Verhältnis steht. So beträgt gegenwärtig der Höchstpreis für geschälten Buchweizen 35 M der Doppelzentner, für Hirse 38 M. Diese Preise beabsichtigt man heraufzusetzen auf 40 respektive 48,50 M, während der Roggenpreis 22 M zu Beginn der Ernte beträgt. Für eine solche Preisveränderung fehlt es an jeder berechtigten Grundlage.

In der Beschlagnahme von Hafer und Gerste sind Veränderungen erheblicher Art nicht vorgesehen. Hafer wird dem Landwirt nur unter Anrechnung eines Bedarfs für die Viehhaltung belassen, während die Gerste zur Hälfte beschlaggenommen wird; abgesehen von Betrieben, die nur bis zu 10 Doppelzentner Gerste ernten, für diese bleibt der Ertrag zur eigenen Verfügung. Beachtenswert ist hier eine Preisherabsetzung. Zu fordern wäre ein Preisabschlag bis auf die Preishöhe für Roggen. Der gegenwärtige Beschlagnahmepreis ist 300 M, 400 M für Braugerste, 360 bis 390 M für Fabrikgerste, während, wie schon bemerkt, Roggen zu 220 M die Tonne beschlaggenommen wird. Der deutsche Landwirtschaftsrat beansprucht die bisherigen Preise und erhebt die weitere Forderung, daß auch bis zum 15. September noch eine Druschprämie von 50 M hinzukommt. Ganz abgesehen von dieser unerhöht hohen Forderung des deutschen Landwirtschaftsrates wird man auch mit der Beschlagnahme der Gerste in diesem beschränkten Umfang nicht einverstanden sein können. Die Gerste muß ähnlich wie der Hafer in dem Umfang beschlaggenommen werden, daß nur der Teil, der für den unbedingten Gebrauch in der eigenen Wirtschaft nötig ist, dem Landwirt gelassen wird. Das ist besonders notwendig für die Nährmittelfabrikation, (Grapen, Gröhe) die gegenwärtig bei den Preisen für Gerste, die der Bund der Landwirte mit der Gersteverwertungs-Gesellschaft für ihre Fabrikate vereinbart hat, um das dreifache über den Friedenspreis gegangen ist. Aus den beschlaggenommenen Beständen von Hafer und Gerste muß für die Nährmittelfabrikation unter Zugrundelegen der Preisfrage des Roggen ein bestimmtes Quantum zur Verfügung gestellt werden. Die Preisbestimmung muß hier den Händen des Bundes der Landwirte entzogen werden. Nur dann wird es möglich sein, wieder zu einigermaßen ertäglichen Zuständen zu kommen. Das gleiche gilt für die Nährmittelfabrikation aus Weizen (Mudeln, Grieß), für die die Reichsgetreidestelle die nötigen Quantitäten zur Verfügung stellen muß. Hand in Hand damit ist ein Verteilungssystem für die Konsumenten durchzuführen, das die bisher ungleiche Verteilung und Aufhäufung im Einzelhandel beseitigt. Auch diesen Weg scheint das Kriegsernährungsamt nicht betreten zu wollen.

Was die Hülsenfrüchte anbetrifft, so sollen hier leider die sehr hohen Höchstpreise bestehen bleiben, wir halten eine Herabsetzung für sehr angebracht.

Für die Kartoffelversorgung soll im Gegensatz zum vorigen Jahr sofort eine Regelung eintreten. Auch hier will man zunächst wie bei der Getreideversorgung den Kommunalverbänden die Verantwortung für die Versorgung und Lieferung auflegen. Der Bedarf soll auf die Ueberflüsse umgelegt und die Lieferung durch Abschlüsse fest gesichert werden. Die Kommunalverbände haben

Bestände einzumieten, um die Möglichkeit zu haben, bei Transport- und Schwierigkeiten im Winter auszuweichen. Die Umlage erstreckt sich zunächst für den Bedarf bis zum 15. April und soll dann aufs Neue geschätzt werden. Wo die freiwillige Abgabe versagt, soll der Zwang einsetzen. Man beabsichtigt auf diese Art den Bedarf für die menschliche Ernährung und auch den Anspruch für die Kartoffelrodensfabriken sicher zu stellen. Wenn die Organisation gut durchgeführt wird, dürften die Schwierigkeiten nicht eintreten, die wir leider im vergangenen Jahr zu verzeichnen hatten. Sehr bedeutsam ist aber für die Kartoffelverbraucher die Preisbestimmung. Die ostpreussische Landwirtschaftskammer hat bereits einen Preis von 5 M für den Zentner für den Landwirt gefordert. Das würde gegenüber dem Preise im Vorjahre einen Aufschlag von rund 80 v. H. betragen. Der deutsche Landwirtschaftsrat verlangt eine Bemessung des Preises nach dem Futterwert der Kartoffel, er dürfte wohl nach seiner Berechnungsmethode die Preisfrage nicht unter 5 M finden. Für den Konsumenten würde im Kleinhandel 6,50 M für den Zentner gefordert werden, dem später die übliche Steigerung folgt, in welchem Umfang dies geschieht ist noch nicht zu ersehen. Wir können damit glücklich bei dem neuen Kriegsernährungsamt, auf das einige Leute die Hoffnung setzten, es würde den maßlosen Ansprüchen der Interessenten ein Ziel setzen, zu einer weiteren Stärkung der Ansprüche der Erzeuger. Es verlohnt sich dabei in Vergleich zu stellen, welche Kartoffelpreise wir bisher zu verzeichnen hatten. Nach dem statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich wurden für Kartoffeln in Berlin im Großhandel für den Zentner gezahlt:

Jahr	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913	1914
M	2,87	2,73	2,65	2,70	2,49	2,04	2,98	3,53	2,70	2,95

Niemand wird unter den gegenwärtigen Verhältnissen einen Kartoffelpreis verlangen, der den Friedenspreisen entspricht, aber vergleichen wir die Preise mit dem von der Landwirtschaftskammer geforderten Preis von 5 M, dazu für den Großhandel ein Aufschlag von 90 S, mithin 5,90 M Großhandelspreis, gegenüber den Marktpreisen in Berlin, so ergibt sich ein Aufschlag von rund 100 v. H. Ganz unberücksichtigt lassen wir dabei, daß der Preis von 5,90 M nicht der Jahresdurchschnittspreis der Höchstpreisfestsetzung ist, sondern daß noch eine weitere Steigerung in Betracht kommt. Es liegt kein Anlaß vor, über die Preisfestsetzung des vorigen Jahres, die einen Großhandelspreis von 3,65 M für den Zentner zur Folge hatte, hinauszugehen. Im Frühjahr konnte dann eine Preissteigerung von 10 S im Monat eintreten, um für Schwund und Fäulnis einen Ausgleich herbeizuführen.

Die Maßnahmen im Interesse der Futtermittelversorgung sind ganz nach den Wünschen der Landwirtschaft gehalten, und zwar vor allem des Großgrundbesitzes, nicht der Kleinbetriebe, die mit ihrer Viehhaltung so dringend eine Erleichterung herbeiführen.

In der Fleischversorgung gedenkt uns der Präsident des Ernährungsamtes einen fleischlosen Monat aufzuerlegen. Das wäre im schlimmsten Fall nur ertäglich, wenn Fett und Hülsenfrüchte vorhanden wären, sonst ist der Vorschlag ganz undisputabel. Natürlich sind die Fleischpreise schon wieder erhöht, für eine weitere Heraufsetzung der Schweinepreise wird eifrig Propaganda getrieben. Hohe Ferkelpreise und die Heraufsetzung der Kartoffelpreise geben dafür die geeignete Grundlage ab.

Wir müssen zu unserm Bedauern wahrnehmen, daß, wenn das Kriegsernährungsamt die Preispolitik, die anscheinend sehr unter dem Einfluß des deutschen Landwirtschaftsrates steht, betreibt, die Schwierigkeiten in unserer Nahrungsmittelversorgung nicht behoben werden, für die ärmere Bevölkerung bedeutet das keine Erleichterung. Das Kriegsernährungsamt ist im Begriff eine Politik der Rücksichtnahme auf einflussreiche Interessentenkreise, wie sie im Reichsamt des Innern bisher üblich war, fortzusetzen, wir stehen vor denselben Schwierigkeiten, wie wir sie hinter uns haben, die Lösung der Aufgabe geschieht, wenn es nach den Weisungen des Landwirtschaftsrates geht, unter schwerer Belastung der Konsumenten. Ist das die Richtung des Kriegsernährungsamtes?

Die Eisenindustrie unter dem Kriege

I.

Wir haben vor einem Jahre — in dem Aufsatz „Die Eisenindustrie und der Krieg“ in Nummer 7 der Metallarbeiter-Zeitung vom 13. Februar 1915 — auch einer Lagung der deutschen Eisenhüttenleite in Düsseldorf gedacht, die kurz vorher abgehalten worden war. Eine der dort gehaltenen Reden — Die Eisenindustrie unter dem Kriege von Dr. Ing. e. h. E. Schrödter — ist nachträglich als 8. Nummer der Kriegshäfte aus dem Industriebezirk bei Waedeler in Essen im Druck erschienen. Sie ist erweitert worden und umfaßt die Zeit der ersten neun Monate des Weltkrieges. Inzwischen hat sich wohl wieder manches verschoben, doch sind die Dinge im wesentlichen gleich geblieben, soweit die Verteilung der Eisenindustrie in der von den beiden kriegführenden Gruppen beherrschten Gebieten in Frage kommt. Durch die Veränderungen im Osten wurde die Eisenindustrie weniger berührt, und im Westen hat sich die Kriegszone nicht besonders verschoben. Es ist darum angebracht, auf die ausführlicheren Darlegungen Schrödters hinzuweisen. Bei seinen Schilderungen kommt vor allem die Lage der Eisenindustrie in Frankreich und Deutschland in Betracht, die anderen Länder sind weniger behandelt. Besonders beachtlich ist, was aus Frankreich mitgeteilt wird, Schrödter berichtet da zum Teil nach eigenen Beobachtungen.

Es heißt einleitend in der Schrift, der Verein der deutschen Eisenhüttenleute sei stets ein Hort zur Pflege der Friedensarbeit in unserm Vaterlande gewesen. Ein Teil des Lebenswertes des Verfassers sei es gewesen, reze Beziehungen zu den ausländischen Fachgenossen herzustellen, man habe diese häufig und zahlreich begünstigt und mit ihnen in freundschaftlichem Verkehr die technischen Fortschritte im Eisenhüttenwesen besprochen und ausgetauscht. Nun trenne uns eine Kluft von „schier ewiger Leuse“. Dieser Zustand des Nichtverstehens, der sich leider auch auf manche neutrale Länder

übertragen habe, sei wesentlich durch die Knebelung des Weltverkehrs und die Beeinflussung der Weltpresse durch England hervorgerufen. Dies dünkt uns aber zu oberflächlich geurteilt. Sehen wir doch oft genug, daß Wettbewerberneid auch innerhalb der Landesgrenzen, selbst Straßennachbarn spinnend werden läßt, aus keinem andern Grunde, als weil sie einer dem andern ins Gewinungehege kommen und dies unterschiedliche gesellschaftliche Sein auch Unterschied im Bewußtsein, in der Auffassung und im Tun hervorruft. Zola schildert dies im Paradies der Damen ausführlich, indem er das aufkommende große Warenhaus dem alten kleinen Seidenpezalgeschäft gegenüberstellt. Solange die Menschen noch nicht darüber hinaus gelangen, den Umweg über den Gewinn bei der Gütererzeugung und bei ihrer Verteilung zu vermeiden, müssen sie auch mit den häßlichen Auswüchsen des Gewinnstrebens rechnen. Und ist die Arbeit gewiß friedlich gesinnt, kann man auch von dem eigentlichen Unternehmungskapital im Lande sagen, daß es „Kumult und Streit flieht und ängstlicher Natur“ ist, so kann man dies doch weniger allgemein vom Kapital behaupten. Hier ausführlicher zu werden, müssen wir uns heute versagen. Dagegen sei auf die Wichtigkeit gerade der Eisenindustrie im Kriege hingewiesen. Gilt der Satz, den wir Sozialisten uns nachgerade an den Schulheulen abgelaufen haben, daß die auf der Entwicklung der Technik beruhende Wirtschaftsmacht die Unterlage auch der politischen Macht ist, nicht nur für eine aufstrebende Klasse im Staat, sondern natürlich auch für ein Volksganzes im Verhältnis zu anderen Völkern, so gilt er vor allem mit für die Eisenindustrie und noch ganz besonders in der Kriegszeit. Wer die größere Wirtschaftsmacht hat, dem kann daher im allgemeinen, mag auch alles sonst noch im Fluß sein, verhältnismäßig am wenigsten Ungünstiges zustossen. Durch das Eindringen der deutschen Truppen in Belgien und Frankreich hat sich nun aber die zahlenmäßige Stärke der Eisenindustrie in den Ländern der feindlichen Mächtegruppen bedeutend zugunsten der Mittelmächte verschoben, obgleich diese schon vor dem Kriege den Vorrang hatten. Durch den eiserne Wall im Westen ist bewirkt worden, daß ungefähr ein Viertel aller Dampfmaschinen Frankreichs in der Kriegszone liegen. Wenn die industriellen Kräfte Frankreichs in Pferdebeständen umgerechnet werden, fallen 43 vom Hundert auf die Kriegszone. Für die Eisen- und Metallindustrie ergeben sich für unsere Gegner nach ungünstigeren Zahlen, nämlich für Dampfessel 38,8 vom Hundert und für Pferdebestände 54,1 vom Hundert! Das ist eine gewaltige Verschiebung, die allein schon erklären könnte, warum die Franzosen ein Kriegsende mit für sie ungewissem Ergebnis bei der jetzigen militärischen Lage beharrlich von sich weisen und weiter in Hoffnungen ausscharren, so wenig Gründe sich auch für diese Herbeischaffen lassen. Schrödter rechnet, daß nicht weniger als 40 vom Hundert der gesamten gemerblichen Tätigkeit Frankreichs, soweit die Dampfkraft in Frage kommt, diesseits der eisernen Linie liegen. Insofern ist also diese Wirtschaftsmacht nicht nur in der Kriegszeit für Frankreich verloren, sondern es kommt hinzu, daß sich die Deutschen ihrer bedienen können. Nach den amtlichen Zahlen der französischen Statistik für 1912 fallen die Erzeugungsmengen an Eisen und Kohlen in noch stärkeren Anteilen auf die besetzten Gebiete. In diesen Gebieten wurden zum Beispiel 68,8 vom Hundert der Gesamtzeugung an Kohlen gefördert, einige andere Verhältniszahlen sind: Koks 78,3, Eisenerz 90, Roheisen 85,7, Träger 88,3, Nöhren 100, Stahlguß 76,9 vom Hundert. Es heißt in der Schrift, wenn die Laufgräben nicht nach militärischen, sondern nach wirtschaftlich-strategischen Grundrissen angelegt worden wären, so hätten wir durch ihr Vorschieben um wenige Kilometer das ganze wichtige Kohlengebiet des französischen Nordens beschlagnehmen können, von dem wir jetzt etwa zwei Drittel besitzen. Aber auch so müßte es mit der Gesamtkohlenversorgung des nicht vom Feinde besetzten Frankreich „recht kläglich bestellt“ sein.

Von 127 Hochöfen, die nach Schrödter in Frankreich unter den 170 überhaupt vorhandenen Öfen zu Beginn des Jahres 1913 unter Feuer standen, liegen 95 in der Kriegszone, schätzungsweise sollen von den übrigen nur einige dreißig bleiben, die ungeleitet zu arbeiten vermögen.

Die Hüttenwerke in Frankreich, die Schrödter mit einigen anderen Herren im Dezember des ersten und im Januar des zweiten Kriegsjahres besucht hat, boten von den Ausnahmen, in denen deutsche Pioniertuppen in den Betrieben waren, ein vollkommenes Bild der Betriebsruhe“, obgleich sie durch Beschäftigter oder sonstige Kriegereignisse kaum gelitten hatten. Offenbar waren überall bei der Mobilmachung am 1. August die Arbeitsplätze Hals über Kopf verlassen worden.“ In einzelnen Werken traf Schrödter „auf den Verlassungsgeleisen noch eine große Anzahl von zum Teil beladenen Güter- und Plattformwagen und Verschiebelokomotiven, ferner lagen allenthalben noch zum Teil auffallend große Vorräte an Roheisen, Rohblöden, vorgestreckten Röhren, Stabeisen aller Art und vor allen Dingen gewaltige Massen von Mittelblechen. Das Walzgut lag mancherorts noch halb fertig gewalzt vor den Straßen, auf den Drehbänken waren die Werkstücke mit angelegtem Span noch eingepannt. Auf einem Röhrenwerk war das Kühlwasser noch nicht abgestellt, sondern plätscherte munter weiter, nur in seltenen Fällen war notdürftig Vorkehr gegen vertrocknen getroffen, und nur in einzelnen Fällen waren in Nebenbetrieben kleine Arbeitergruppen mit Reparaturarbeiten beschäftigt.“

Bei der Umschau auf den Werken stehen die Eisenhüttenleute oftmals auf die Spuren deutscher Arbeit. Ein neu erbautes Werk in Lens soll im Fertigzustande 300 000 Tonnen Roheisen erlauben, vorläufig sind drei Hochöfen errichtet, „ausgerüstet mit Schrägaufzügen, die von der Deutschen Maschinenfabrik in Duisburg geliefert sind“. Die Walzwerke „sollten von einem Mittelpunkt in Duisburg geliefert mit deutschen Maschinen ausgerüstet ist, betrieben werden.“

Wir erfahren weiter, daß gleichzeitig mit dem Fortschritt der gemischten Werke an der Maas und in den Ardennen eine ungemein starke Entwicklung der reinen Röhrenwerke vor sich gegangen ist, und daß sich der Uebergang vom Röhren zum Gußeisen, der sich bei uns längst vollzogen hat, dort noch im vollen Gange befindet!

An der Maas fand Schröder im Anschluß an zwei Puddel- und Walzwerke zwei neue Martinwerke, von denen das eine erst 14 Tage vor dem Ausbruch des Krieges in Betrieb genommen war. Das andere sollte im ersten Kriegsdienst in Betrieb kommen, es standen Martinöfen, Gießereien und alles fertig, und man war mit der Einrichtung eines mit allen neuesten Vervollständigungen versehenen Stahlwalzwerkes von der Maschinenfabrik Sad in Düsseldorf beschäftigt.

Doch führten auch wieder Spuren wirtschaftlicher Beziehungen in anderer Richtung zu den "Barbaren" hinüber. Erwähnt wird ein Werk in La Ferre, das gute Stoffe für die Herstellung von Schrauben, Nieten, Bolzen, Muttern, Keilen und so weiter herstellt, ein Gewerbe, das zum Teil in stetig wachsender Hausindustrie in den Ardennen und in den benachbarten Bezirken in großem Maßstabe betrieben ist. Besondere Erwähnung verdient die dort stark verbreitete Kettenfabrikation, die vermöge der günstigen Erzeugungsbedingungen so stark ist, daß sie Ketten nach Deutschland, zum Beispiel für die Schleppschiffahrt auf der Elbe, liefert. Eine besondere Eigentümlichkeit des Maastales abwärts von Charleville bis Givet sind kleinere gewerkschaftliche Gießereien, die vor etwa 15 Jahren nach einem hartnäckigen Streit eingezogen fanden. Als die deutschen Truppen in die Gegend von Valenciennes kamen, fanden sie in einer Fabrik riesige Bestände an Gußeisen. Die Fabrik lieferte noch weitere gute Dienste. In der Umgegend liegen eine Reihe großer Lokomotiv- und Waggonfabriken, wo gedeckelte und ungedeckelte fertige Waren in großer Zahl gefertigt wurden. Bei einzelnen der vorgeführten Kesselwagen lag der Arbeit noch daneben, während der Wagen sonst fertig war, so daß er nur in die Wände eingeklebt zu werden brauchte. In einer technisch hervorragend eingerichteten neuen Lokomotivfabrik wurden Maschinen angefertigt von Reiner in Chemnitz, Löwe in Berlin, Schieß in Düsseldorf neben solchen aus anderen Ländern. Es machte, wie Schröder bemerkt, "Bergnügen, zu sehen, wie sich unsere deutschen Erzeugnisse dort gut eingebürgert hatten". In einer andern nicht so neuen Fabrik, war doch zu erkennen, daß in den letzten Jahren der Aufzucht der Maschinenfabrikation außerordentlich groß war, waren doch eine Masse Maschinen deutschen Ursprungs dort aufgestellt. Weiter in einer andern Fabrik gab es drei dampfhydraulische Schmiepressen deutschen Ursprungs, eine große deutsche Kumpelpresse lieferte die Kesselböden für alle möglichen Sorten von Kesseln. Dagegen erzeugt eine Fabrik in Douai in großer Zahl, die unseren Hülsenleuten im Südbahnen bekannten Selbstladern von hoher Tragfähigkeit zum Transport von Erzen. Wegen der Rückständigkeit in den Arbeitsweisen erwähnenswert erschien Schröder die staatliche Geschloßfabrik in Douai.

Die meisten oberen Verwaltungsbeamten der Werke hatten sich wie die überwiegende Mehrzahl der vermögenden Bewohner des besetzten Landes aus dem Gebiet entfernt, auf einem Werke an der Maas wurde Schröder indes von dem Werkleiter als alter Bekannter begrüßt, der von dem deutschen Ingenieur vor mehreren Jahren auf einer Besichtigungstour geführt worden sei. Ein eigenartiges Wiedersehen! Dazu wird bemerkt:

"Unter dem Kanonendonner der Front schüttelten wir uns in klarer Bewegung die Hände. Als ich über diesen Vorgang nachher in meinem Tagebuch eine Notiz aufnahm, habe ich mich genau nachgeprüft, welche Empfindungen mich in dem Augenblick besaßen: War es Haß gegen einen wirtlichen oder vermeintlichen Feind? Nein! War es Freude des Siegers? Nein! Ich bin sicher, daß ich bei dieser Begegnung nur industriellem und menschlichem Empfinden entspringendes Wohlgefühl über die eintretende Friedensarbeit und über das Unglück hatte, das über die einstehenden Tausende Arbeiter des Werkes so jäh heringebrochen war."

Deutscher Eisenbahnerverband

P. K. Die weltgeschichtliche Zeit, die uns zu durchleben beschieden ist, diese Zeit gewaltiger Umwälzungen und Umsfänge, hat den deutschen Eisenbahner eine neue Organisation gebracht. Am 1. Juli 1916 trat der Deutsche Eisenbahner-Verband (Sitz Berlin) ins Leben; eine Organisation, die sich über das ganze Deutsche Reich erstreckt und die Angestellten, Handwerker und Arbeiter der staatlichen und privaten Eisenbahnbetriebe, einschließlich der Nebenbetriebe umfassen soll.

Als in den ersten Wochen des Krieges den deutschen Arbeitern die sogenannte Neuorientierung unserer inneren Politik für die Zeit nach dem Kriege von der Reichsregierung versprochen wurde, vernachlässigte diese Aufgabe nur für einen Augenblick die Arbeiter zu beschiedigen. Je länger aber der Krieg dauert, desto mehr drängt sich die Notwendigkeit auf, unsere innerpolitischen Verhältnisse schon jetzt in der Kriegszeit mehr und mehr für die Zeit nach dem Kriege einzurichten.

Der Krieg hat dazu geführt, daß Regierung, Verwaltungsbehörden und Bürgerium die Gewerkschaften als notwendige Faktoren im Wirtschaftsleben anerkennen und in die notwendigste Gesetzgebung einwilligen mußten, um den Gewerkschaften die Erfüllung ihrer Aufgaben während und nach dem Kriege zu ermöglichen. Der Krieg hat die Verwaltungen der Staatsbahnen gezwungen, gewerkschaftlich organisierte Arbeiter in sehr großer Zahl in den Eisenbahndienst einzustellen. Gewerkschaftliche Arbeitsnachweise wurden in Anspruch genommen zur Bewältigung der notwendigen Arbeitskräfte und die Eisenbahnverwaltungen haben sich genötigt, um sich die Arbeitskräfte zu sichern, zu erklären, daß keinem Arbeiter wegen seiner Zugehörigkeit zur Gewerkschaft irgendwelche Schwierigkeiten bereitet werden sollen. Mehr als 100.000 Arbeiter und Arbeiterinnen sind seit Beginn des Krieges in den Dienst der Staatsbahnen neu eingestellt worden, von denen der größte Teil gewerkschaftlich organisiert ist. Die Organisationsarbeit und die Beziehungen, die bei den größten Staatsbahnenverwaltungen vor dem Kriege in Übung waren, mußten aufgehoben werden. Diese gänzlich veränderten Verhältnisse mußten dazu führen, daß die Gewerkschaften zur Organisationsfrage der Eisenbahner Stellung nahmen.

Die vom preussischen Eisenbahnminister am 4. Januar 1916 erlassene neue Arbeiter-Dienstordnung läßt zwar die Beschäftigung sozialdemokratisch gesinnter Arbeiter zu, verbietet aber nach wie vor den Eisenbahnerinnen die Beschäftigung an Organisationsarbeit, die den Streit als zulässiges Kampfmittel anerkennt und unterstützt. Diese Bestimmung fuhrt zwar aus zwingenden Gründen während des Krieges keine Anwendung, aber nach der öffentlichen Erklärung des Kaisers wurden die Landeseisenbahngewerkschaften organisiert, die während des Krieges ausschließlich beschäftigt werden muß, keine Aussicht haben, mit den anderen Eisenbahnerinnen im Dienstverhältnis gleichgestellt zu werden; sie würden entweder nach dem Kriege alle ihre Entlassungen zu gewärtigen oder mindestens auf alle Vorteile, welche die händigen Arbeiter der Staatsbahnen genießen, zu verzichten haben. Demnach Möglichkeit herauszuheben, ist eine notwendige Aufgabe der Gewerkschaften. Heute kommt, daß im Gegensatz zu den sogenannten nationalen Eisenbahnerverbänden, die auch heute noch die Bekämpfung der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften als eine ihrer Aufgaben betrachten, die freien Gewerkschaften die Rechte und Dienstverhältnisse der Eisenbahner nicht durch ein besonderes Staatsabkommen, sondern im Rahmen eines allgemeinen Arbeiter-

rechts, in dem die besonderen Aufgaben der Staatsbahnen gebührende Beachtung und Berücksichtigung finden können, geregelt wissen wollen. Die Gewerkschaften erkennen ferner die Notwendigkeit, den vielen Tausenden von Eisenbahnerinnen, die die Bestrebungen der genannten Verbände nicht unterstützen wollen, die aber bisher den Organisationsverbänden Folge leisten, sich auch von den freien Gewerkschaften fernhalten, die Möglichkeit zu schaffen, die Meinung zur Sonderbündel und den Postenstreik abzustreifen und an der Arbeiterbewegung allgemeinen Anteil nehmen zu können.

In Berücksichtigung aller Umstände haben die Vorstände der in Frage kommenden gewerkschaftlichen Zentralverbände der Kupferschmiede, Maler, Maschinisten, Metallarbeiter, Sattler und Transportarbeiter unter Mitwirkung der Generalkommission der Gewerkschaften nach mehrfachen Beratungen beschlossen, ohne Preisgabe ihres Grundsatzes hinsichtlich der Berufs- und Industrieorganisation und ohne gegen den Beschluß des Münchener Gewerkschaftskongresses, betreffend die Organisierung der in staatlichen oder kommunalen Betrieben beschäftigten Arbeiter, zu verstoßen, freiwillig auf die Organisierung der Eisenbahner zu verzichten.

Der Verband bezweckt nach § 2 seiner Satzungen die wirtschaftliche und soziale Interessenvertretung seiner Mitglieder. Insbesondere ist das Bestreben des Verbandes gerichtet auf Erreichung möglichst günstiger Lohn- und Dienstverhältnisse; möglichste Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, sowie Ausdehnung der Ruhepausen und des Erholungsurlaubes; Ausgestaltung der Arbeiterausschüsse zu selbständigen Vertretungsorganen; Errichtung von obligatorischen Schiedsinstanzen auf paritätischer Grundlage für die Entscheidung der aus dem Arbeits- oder Dienstvertrag sich ergebenden Streitfälle; Veranstaltung von Versammlungen und Vorträgen zur Förderung der Bildung und des Wissens und zur Erörterung beruflicher und sozialer Angelegenheiten der Mitglieder; Unterstützung der Mitglieder und Gewährung von Rechtschutz; Förderung des Pflichtbewußtseins, des solidarischen Geistes und des geselligen Verkehrs unter den Mitgliedern; Herausgabe einer in diesem Sinne geleiteten Zeitschrift.

Die Reichsaktion der Eisenbahner des Deutschen Transportarbeiterverbandes löste sich am 1. Juli auf, ihre Mitglieder treten zum Deutschen Eisenbahnerverband mit den fahungsmäßigen Rechten über. In gleicher Weise werden die Vorstände der beteiligten Organisationen ihre im Eisenbahndienst beschäftigten Mitglieder veranlassen, ihren Austritt zum Deutschen Eisenbahnerverband zu bewirken. Das Organ der Reichsaktion des Transportarbeiter-Verbandes, der Bedruf erscheint vom 8. Juli an als Organ des Deutschen Eisenbahnerverbandes.

Mit der Gründung des neuen Verbandes, in dessen Satzungen die besonderen Pflichten der staatlichen Verkehrsanstalten Beachtung gefunden haben, dessen wirtschaftliche und soziale Bestrebungen frei von politischer oder religiöser Färbung den Verhältnissen in den Betrieben der Staatsbahnen Rechnung tragen, ist die Grundlage für die seit Kriegsbeginn in ansteigendem Maße von den Eisenbahner geforderte Einheitsorganisation geschaffen. Diese Organisation auszubauen und zu festigen, ist eine Aufgabe, die mit voller Eingebung während der Kriegszeit erfüllt werden muß.

Der bis zur Generalversammlung des Verbandes amtierende Vorstand setzt sich zusammen: A. Brunner, 1. Vorsitzender; W. Dräger, Hauptkassier (Eisenbahner); B. Siering, Metallarbeiter; W. Blum, Sattler; O. Schumann, Transportarbeiter; W. Gschl, Kupferschmied; E. Jakob, Maler und Radier; Fr. Scheffel (Maschinist), Revisor für Berlin. Zwei weitere Revisoren sind noch von den Ortsverwaltungen Hamburg, Harburg und Dresden zu wählen.

Die mit der Leitung des Verbandes betrauten Personen bürgen dafür, daß die neue Organisation vom Geist der modernen Gewerkschaften erfüllt und getragen wird. Der Verband wird ein neues Glied sein in der Reihe der deutschen Gewerkschaften, in dem die zerplitterten Kräfte zusammengefaßt sind zum einheitlichen Wirken, zur Wahrung und Vertretung der Interessen der Eisenbahner, zur Hebung ihrer sozialen Lage. Glück auf! dem deutschen Eisenbahnerverband!

Aus dem Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins

Die Einrichter und Werkzeugmacher der Firma M. & G. wollten einen Kriegsschein, da sie mit ihrem Wunsch auf Lohnerhöhung ihrer Meinung nach von der Firma nicht genügendes Entgegenkommen gefunden haben. Es erfolgt eine Verständigung auf der Grundlage, daß jährliche Werkzeugmacher und Einrichter sofort 4 S. Zulage die Stunde erhalten, nach einer Woche weitere 2 S., nach 3 Wochen wiederum 2 S., nach weiteren 3 Wochen nochmals 2 S., so daß innerhalb 7 Wochen die Stunde 10 S. Zulage gegeben werden.

Die Firma M. in Reudalla hatte einen Kriegsschein ausgestellt, auf dem ein unzulässiger Vermerk enthalten war. Der in Frage kommende Schlosser hatte durch den Vermerk Schwierigkeiten bei seinen Bemühungen nach anderweitiger Beschäftigung. Es wird ihm ein anderer Kriegsschein ausgestellt. Das Verhalten der Firma wird als unzulässig bezeichnet.

Der der Metallgießerei M. wünschten die Bestöber A. und B. ihren Kriegsschein, weil sie ihrer Meinung nach zu wenig Lohn bekommen. Es erfolgt eine Verständigung. Die Bestöber erhalten eine Zulage, so daß sich die Erteilung eines Kriegsscheins ergibt.

In einem Ehrenwort eines Verorters von Berlin wollten die dort beschäftigten Formier, Schlosser und Klempner einen Kriegsschein, da sie zu wenig Lohn haben. Nach längerer Verhandlung erfolgt eine Verständigung dahin, daß die Parteien im Betrieb nochmals verhandeln. Sollte hierbei keine Verständigung erzielt werden, wird in der nächsten Sitzung des Kriegsausschusses noch einmal beraten werden.

Der Arbeiter A. von der Firma Q. möchte einen Kriegsschein wegen verschiedener Gründe, unter anderem auch wegen zu wenig Lohn. Es wird seinem Wunsch insoweit entsprochen, daß er in eine andere Abteilung kommt, wo er Gelegenheit hat, mehr zu verdienen. Damit ist die Sache erledigt.

In der A. G. in der Schlosser A. als Einrichter beschäftigt. Er möchte einen Kriegsschein oder wieder als Schlosser arbeiten. Es wird verabschiedet, daß der Schlosser in einer anderen Abteilung als Schlosser beschäftigt wird.

Von dem gleichen Betrieb erscheint der Dreher S., um einen Kriegsschein zu bekommen. Der Grund war, daß er mit Rücksicht auf seine stark geschwächte Gesundheit in einem Betrieb arbeiten wollte, der mehr in der Nähe seiner Wohnung liegt. Da der Dreher durch Zeugnis nachweist, daß seine Gesundheit stark geschwächt ist, wird seinem Wunsch entsprochen und ein Kriegsschein ausgestellt.

Von der gleichen Firma kam der Bohrer R. und wollte einen Kriegsschein, da er in letzter Zeit viel ausbleiben mußte, ohne daß die Zeit des Ausbleibens bezahlt wurde. Es erfolgt eine Verständigung dahin, daß die künftige Zeit des Ausbleibens, soweit dies auf Verlangen der Firma geschehen ist, bezahlt wird und ebenso auch in Zukunft verfahren werden soll. Damit erübrigt sich die Ausstellung eines Kriegsscheins.

Von der Firma B. erscheint der Dreher D. und will einen Kriegsschein, um nach einem Betrieb zu gehen, wo er mehr verdient. Da jedoch andere Dreher bei der gleichen Arbeit mehr verdienen, es kommt an der Person des Drehers selbst liegt, daß er nicht ausbleiben darf, kann ein Kriegsschein nicht ausgestellt werden.

Bei der Firma E. & S. will der Dreher S. einen Kriegsschein, weil er bei den Preisen, die die Firma für die Arbeit festgesetzt hat, nicht ausbleiben darf. Es erfolgt eine Verständigung auf der Grundlage, daß der Dreher nochmals versucht, mit dem Preis zufriedenzustellen. Sollte das trotz anderer Bemühungen des

Drehers nicht möglich sein, wird zugelegt werden. Die Erteilung eines Kriegsscheins erübrigt sich.

Der Dreher M. von der Firma P. & S. will aufhören, weil er nicht genug verdient. Die Firma ist damit einverstanden und will ihm den Kriegsschein geben, doch soll er seinen angefangenen Arbeit, der noch einen Tag Arbeit erfordert, zunächst fertig machen.

Der Kupferschmied N. von der Firma D. will aufhören und einen Kriegsschein, weil er glaubt, nicht genügend zu verdienen. Da festgestellt wird, daß N., der noch recht junglich ist, 1,40 M die Stunde verdient, wird die Erteilung eines Kriegsscheins abgelehnt.

Von der Firma Dr. M. ist der Friseur E. erschienen und will einen Kriegsschein mit der Begründung, daß er als Kriegsverletzter mit Rücksicht auf seine stark angegriffenen Nerven das Geräusch der laufenden Maschinen nicht ertragen kann. Er erhält den Kriegsschein.

Der Einrichter B. von der Firma S. will aufhören, weil er glaubt, durch eine Bemerkung des Meisters beleidigt zu sein. Die Erteilung des Kriegsscheins wird abgelehnt, weil in der Bemerkung des Meisters eine Beleidigung nicht erblickt werden kann.

Von der Firma E. in R. erscheinen vier Maler, die aufhören wollen, davon zwei, weil ihnen eine Mark als Strafe abgezogen worden ist, da sie angeblich, entgegen einem ausdrücklichen Verbot, Kerperntin in ihre Farbe gemischt haben sollen. Durch die Aussprache wird festgestellt, daß die Maler durchaus nicht unrecht gehandelt haben. Es erfolgt eine Verständigung dahin, daß der abgezogene Betrag zurückgezahlt wird. Die beiden anderen Maler wollen aufhören, weil sie von ihrem Kolonnenführer nicht erfahren können, was sie für eine Arbeit erhalten. Es erfolgt auch hier eine Verständigung auf der Grundlage: die Firma sorgt dafür, daß die Maler stets vor Franzgriffnahme der Arbeit erfahren können, was sie dafür erhalten. Sollte der Kolonnenführer sich weigern, die Auskunft zu geben, wird sie der Meister erteilt.

Unser Verband in der 99. Kriegswoch

In nachstehender Übersicht ist das Ergebnis unserer Erhebungen über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit während der 99. Kriegswoch dargestellt.

Trotz erfolgter Mahnung sind Berichte hierzu nicht eingegangen von den Verwaltungstellen: Gassen, Neu-Kruppin, Senftenberg, Löbau, Neustadt i. S., Otha, Nordhausen, Stendal, Tangermünde, Curyhaven, Uetersen, Dürren, Gummersbach, Friedrichshagen, Lörrach, Oberndorf, Zweibrücken und Lindau.

Übersicht über die Zeit vom 18. bis 24. Juni 1916.

Beitrag	Beitrag	Beitrag	Beitrag	Beitrag	Beitrag	Beitrag	Beitrag	Beitrag	
der	der	der	der	der	der	der	der	der	
Woch	Woch	Woch	Woch	Woch	Woch	Woch	Woch	Woch	
1.	36	—	6086	64	16	5972	7	0,1	84
2.	30	—	4874	57	34	4817	14	0,3	142
3.	29	3	7371	46	23	7826	16	0,2	72
4.	51	2	34998	407	199	34591	162	0,5	850
5.	79	4	28681	509	119	28172	60	0,2	444
6.	41	2	28563	293	78	28330	31	0,1	180
7.	35	2	24043	228	92	23815	31	0,1	292
8.	28	—	10137	108	52	10029	35	0,3	228
9.	47	4	17005	146	70	16559	720	4,3	1643
10.	39	1	19127	153	47	18974	444	2,3	2064
11.	1	—	51430	98	98	51392	521	1,0	1872
Juli	416	18	232265	2049	828	230216	2041	0,9	7856

* Einschließlich der im Laufe der Woch zugerechneten und Neuaufgenommenen.

In der Berichtswoch fanden (außer Berlin) 1115 Aufnahmen statt. 828 Mitglieder wurden zum Heer eingezogen, 562 vom Heer entlassen.

Die Zahl der Arbeitslosen betrug 2041, gegen 2122 im der Vorwooch oder 0,9 v. H. der Mitgliederzahl in den beiden Wochen.

Krank waren 3472 Mitglieder gemeldet, gegen 3485 in der vorhergehenden Woch oder 1,5 v. H. der Mitgliederzahl in den beiden Wochen. Die bezahlte Krankenunterstützung betrug 11848 M.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 16. Juli der 30. Wochenbeitrag für die Zeit vom 16. bis 22. Juli 1916 fällig ist.

Vielfachen Wünschen entsprechend hat der Vorstand nach erfolgter Prüfung und Weisung der Durchführbarkeit beschlossen, vom 1. Juli 1916 an für den Bezug von Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit die vierzehntägige Karenzzeit in Wegfall kommen zu lassen. Erkrankte Mitglieder haben vom 1. Juli an nur die übliche sieben-tägige Karenzzeit durchzumachen.

Demzufolge können alle kranken Mitglieder, die einschließlich 30. Juni d. J. bereits eine sieben-tägige Karenzzeit durchgemacht und sich der üblichen Kontrolle unterstellt haben, vom 1. Juli 1916 an Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit beziehen.

Die Erwerbslosenunterstützung steht kranken Mitgliedern nur in halber Höhe der im Statut festgesetzten Höhe zu. Durch die Abschaffung der 14-tägigen Karenzzeit wird der Beschluß des 12. ordentlichen Verbandstages zur Höhe der Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit nicht berührt.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts: Auf Antrag der Verwaltungstelle Solingen: Der Federpfeifer Robert Freuß, geb. am 26. April 1856 zu Gohlscheid, Buch-Nr. 1,186298, wegen Streikbruch.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind zu richten: An den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rüdterstraße 16, 1. Geldsendungen, die nicht auf das Postcheckkonto, sondern durch Postanweisung erfolgen, sind nur zu richten an: Theodor Werner, Stuttgart, Rüdterstraße 16, 1.

Bei allen Geldsendungen, sei es mit Zahlkarte oder Postanweisung, genügt nicht der Stempel der Verwaltungstelle als Absender, sondern es müssen Name, Wohnort, Straße und Hausnummer des Absenders auf der Vorderseite des Abschnitts angegeben werden, während auf seiner Rückseite genau zu verzeichnen ist, wofür das Geld verbucht werden soll.

Bei Geldsendungen an örtliche Verwaltungen ist stets der Name des Kassierers oder Bevollmächtigten anzugeben. Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Quittung

Über die vom 1. bis 30. Juni 1916 bei der Hauptkass

eingegangenen Verbandselder. Von Aachen 700 M. Aachen 25. Alfeld 200. Amberg 250. Annaberg 150. Ansbach 250. Apolda 200. Arnstadt 500. Artern 150. Barchfeld 300. Bayreuth 1631,50. Bayreuth 150. Barmen 2000. Barmen 1500. Bergedorf 800. Berlin 250000. Bernburg 800. Bielefeld 11600. Bismarckswerda 100. Bitterfeld 500. Bochum 500. Braunschweig 300. Bonn 400. Braunschweig 5000. Bremen 12000. Braunschweig 400. Breslau 14433,50. Brunsbüttelhaven 100. Brunsbüttel 250. Burg 600. Celle 150. Chemnitz 20000. Grimnitzau 600.

